GENDER OPEN REPOSITORIUM

Zu den wechselseitigen Effekten von Regierungshandeln und transpolitischem Ringen um eine Reform des Transsexuellenrechts in der Bundesrepublik Deutschland (Arbeitstitel)

Silva, Adrian de

2023

https://doi.org/10.25595/4437

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Silva, Adrian de: *Zu den wechselseitigen Effekten von Regierungshandeln und transpolitischem Ringen um eine Reform des Transsexuellenrechts in der Bundesrepublik Deutschland (Arbeitstitel)*, in: Femina politica : Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft, Jg. 32 (2023) Nr: 2, 91–92. DOI: https://doi.org/10.25595/4437.

Erstmalig hier erschienen / Initial publication here: https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v32i2.08

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY 4.0 Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de

Terms of use:

This document is made available under a CC BY 4.0 License (Attribution). For more information see:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.en

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

Zu den wechselseitigen Effekten von Regierungshandeln und transpolitischem Ringen um eine Reform des Transsexuellenrechts in der Bundesrepublik Deutschland (Arbeitstitel)

ADRIAN DE SILVA

Abstract

Am 30. Juni 2022 stellten das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und das Bundesministerium der Justiz Eckpunkte des geplanten Selbstbestimmungsgesetzes vor. Insgesamt sehen diese vor, dass transgeschlechtliche, intergeschlechtliche und non-binäre Menschen ihre Vornamen und ihren Geschlechtseintrag niederschwellig und selbstbestimmt ändern lassen können. Dieses Gesetz soll u.a. das 1980 verabschiedete „Gesetz über die Änderung der Vornamen und die Feststellung der Geschlechtszugehörigkeit in besonderen Fällen (Transsexuellengesetz – TSG)“ ablösen, welches an eine Vornamens- und erst recht an eine Personenstandsänderung zunächst hohe Anforderungen stellte, und dessen Gewähren bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch von rechtlichen und medizinischen Instanzen abhängt. Zwischen den zuvor genannten Ereignissen liegen Jahrzehnte transpolitischen Ringens um eine verfassungskonforme Regelung, rechtlich im erlebten Geschlecht anerkannt zu werden und wiederholte lange Phasen regierungspolitischer Stagnation. In diesem Beitrag geht es um die Frage, welche wechselseitigen Effekte die Interaktionen zwischen den jeweiligen Regierungen einerseits und Organisationen und Netzwerken der Transbewegung andererseits im Kontext der Reform des Transsexuellenrechts in der Bundesrepublik Deutschland hatten. Hierzu wird zunächst das TSG in seiner Fassung von 1980 skizziert, wobei der Schwerpunkt auf den Normen liegen wird, die für Sexualität und Geschlecht besonders relevant sind. Anschließend werden transpolitische Anfechtungen des TSG und Forderungen an die Politik wie auch regierungspolitische Reaktionen darauf seit Inkrafttreten des TSG bis zur Vorstellung der Eckpunkte des von der aktuellen Regierungskoalition angekündigten Selbstbestimmungsgesetzes dargelegt.
Hierbei ist festzustellen, dass sowohl die initiale Regierungsaktivität 2000 wie auch die darauffolgende und bis unlängst vorherrschende Phase der ‚Politik der Nichtpolitik‘ trotz wiederholter Versprechen von verschiedenen Regierungskoalitionen, das Transsexuellenrecht fundamental zu reformieren, dazu beitrugen, die Transbewegung zu politisieren, ihre Strategien zu diversifizieren und ihre Struktur zu formen. Zugleich hat das anhaltende transpolitische Ringen um eine Reform des Transsexuellenrechts dazu beigetragen, in historisch günstigen Momenten transpolitische Perspektiven in die Bundespolitik hineinzutragen.
Theoretisch ist die Untersuchung von queeren Konzepten von sex, gender und Sexualität sowie einer poststrukturalistischen Perspektive auf Staatlichkeit informiert.

Des Weiteren wird das policy process model Perspektive auf soziale Bewegungen angewendet. Als Grundlage für die Analyse dienen die Version des TSG von 1980, Reformvorschläge und Forderungskataloge aus der Transbewegung, Parlamentsdokumente sowie einschlägige Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts.

Nachruf auf Dr. Adrian de Silva (1966-2023)

ROBIN BAUER. UTAN SCHIRMER

Schwer erkrankt und im klaren Bewusstsein, dass er bald sterben würde, schrieb Adrian de Silva vier Wochen vor seinem Tod in einer E-Mail an Freund*innen: „Ich kann nun meinen Lebenszweck klar erkennen, den man so beschreiben könnte, dass ich zusammen mit Gleichgesinnten dazu beigetragen habe, in der Gesellschaft und in der Wissenschaft – zumindest in epistemischer Hinsicht – Raum für diejenigen zu schaffen, die – aufgrund der Vorurteile der ‚Normalen' – als soziale Außenseiter konstruiert wurden, oft bis zu dem Punkt, an dem das Leben unerträglich wird."
Dieses dringende Anliegen, durch die genealogische Kritik hegemonialer Regime (v.a. des Geschlechterregimes) und durch das Sichtbarmachen der (kollektiven) Kämpfe derjenigen, die durch diese Regime marginalisiert, pathologisiert, abgewertet, be_hindert und in ihrer Integrität verletzt werden, die Vielfalt menschlicher Existenz anders denkbar und damit auch anders lebbar zu machen, zieht sich in der Tat wie ein roter Faden durch Adrian de Silvas wissenschaftliches Wirken.
So zeugen bereits die Stationen seines wissenschaftlichen Werdegangs nicht nur von seiner stark inter- und transdisziplinär geprägten Perspektive, sondern auch von seiner frühen Verortung in kritisch-engagierten, marginalisierten Forschungsfeldern, die er – insbesondere im deutschsprachigen Raum – maßgeblich mitentwickelt und geprägt hat. Nach seinem Studium der Soziologie, Politikwissenschaft, Englischen Philologie und Geschlechterforschung an den Universitäten Münster und York (Kanada), das er in Münster mit einer Magisterarbeit zu Antonio Gramscis Hegemonieverständnis abschloss, setzte er sich als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für feministische Studien der Universität Bremen Anfang der 2000er-Jahre vehement für eine institutionelle Berücksichtigung von Queer Studies ein, u.a. durch die Mitgründung einer interdisziplinären Projektgruppe und eines öffentlichen Forums zu diesem Feld. Seine Seminare zu Queer Theorie und emanzipatorischen Perspektiven zu Inter- und Transgeschlechtlichkeit in Politikwissenschaft und Geschlechterforschung an den Universitäten Münster, Bremen, Oldenburg, Vechta und Göttingen, die er überwiegend als Lehrbeauftragter und unter prekären Bedingungen durchführte, gehörten zu den ersten überhaupt zu diesen Forschungsfeldern im deutschsprachigen Raum. Er promovierte in den Gender Studies im Rahmen des Graduiertenkollegs Geschlecht als Wissenskategorie an der Humboldt-Universität zu Berlin. Forschungsaufenthalte führten ihn u.a. ans Zentrum für interdisziplinäre

 https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v32i2.09